

# Der unsichere Weg des Bundesrates

**BERN.** Der Bundesrat zeigt auf, wie er den Steuerstreit mit den USA in Eigenregie lösen will. Er plant, den Banken Einzelbewilligungen zu erteilen. Ob das so funktioniert, ist nach wie vor völlig offen.

MICHAEL BRUNNER

Vor zwei Wochen sagte das Parlament definitiv Nein zur «Lex USA». Gleichzeitig gab es eine Erklärung ab, wonach eine rasche Lösung des Steuerstreits mit den USA nötig sei. Konkret erwartet es vom Bundesrat, dass dieser «im Rahmen des geltenden Rechtes alle Massnahmen ergreift, um die Banken in die Lage zu versetzen, mit dem Department of Justice zu kooperieren».

Der Bundesrat hat hingegen immer behauptet, dass es ohne «Lex USA» nicht möglich sei, den US-Behörden genügend Daten darüber zukommen zu lassen, wie Schweizer Banken Amerikanern bei Steuerdelikten halfen. Gestern schickte er sich nun trotzdem in das Unvermeidliche. Er zeigte auf, wie er das Problem ohne «Lex USA» lösen möchte. Grundsätzlich hatte er dabei zwei Möglichkeiten: Entweder er erlaubt den Banken Datenlieferungen mit einer Verordnung. Oder er macht dies über Einzelbewilligungen.

Er entschied sich für die zweite Variante. Konkret legte er die Eckwerte für solche Bewilligungen fest. Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf sagte, der Bundesrat könne so die einzelnen Fälle genauer anschauen. Er hat auch bereits Auflagen und Bedingungen für Bewilligungen formuliert. So gut als möglich geschützt werden sollen Bankmitarbeiter, Dritte und andere Banken. Was das genau bedeutet, blieb unklar. Denn anders als mit der «Lex USA» kann der Bundesrat mit Einzelbewilligungen das Datenschutzgesetz nicht aushebeln. Diese Gruppen sind also sowieso ein Stück weit geschützt. Zudem will der Bundesrat die Details erst bekannt geben, wenn er seinen Vorschlag den USA unterbreitet hat. Dies soll sehr rasch geschehen.

Damit ist bereits gesagt, dass die USA die Lösung noch nicht akzeptiert

haben. Ob das US-Programm zur vereinfachten Lösung der Rechtsprobleme der Banken auch so zustande kommt, ist daher weiter unklar. «Wir haben den USA gesagt, dass es gewisse Abstriche gibt», sagte Widmer-Schlumpf. Im Klartext: Es können weniger Daten geliefert werden. Man habe aber auch betont, dass der grosse Teil des Programms umgesetzt werden könne.

Einen Strich durch die Rechnung des Bundesrates machen können auch Schweizer Gerichte. Unter Juristen besteht weitgehend Konsens darüber, dass Bankmitarbeiter und Dritte Datenlieferungen per Gerichtsentscheid unterbinden können. Allenfalls haben auch Banken eine Chance, die auf den sogenannten Leaverlisten stehen. Diese Listen informieren die USA darüber, wie viele US-Kunden Geld zu welchen anderen Banken verschoben haben.

## ZKB wohl aus dem Schneider

Gut sieht es für diejenigen zwölf Banken aus, gegen die in den USA bereits ein Strafverfahren läuft. Mit dem gestrigen Entscheid des Bundesrates könnten diese und damit auch die Zürcher Kantonalbank schon heute eine Einzelbewilligung einholen und dann Leaverlisten in die USA übermitteln. Damit dürften sie laut Widmer-Schlumpf bald aus dem Schneider sein. Auf die Frage, warum der Bund diese Bewilligungen nicht schon früher erteilt hat, sagte Widmer-Schlumpf, man habe immer eine Globallösung gesucht. Tatsächlich wurde die «Lex USA» gerade auch kritisiert, weil sie keinen Schlusstrich für alle Schweizer Banken garantiert hätte. Jetzt aber sollen die Leaverlisten ganz ohne Globallösung geliefert werden. Im schlimmsten Fall rücken so neue Schweizer Banken in den Fokus der US-Behörden – ohne dass sie über ein Programm ihre juristischen Probleme in den USA erleichtert lösen können.



Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf konnte gestern noch keine Lösung aufzeigen, die bereits den Segen der USA hat. Bild: key

## Fronten wie bei der «Lex USA»

Die Parteien teilen sich in ihren Reaktionen auf das neue Vorgehen des Bundesrats im Steuerstreit mit den USA in zwei Lager auf. Die einstigen Befürworter der «Lex USA» (CVP, BDP, GLP), die vor zwei Wochen abgelehnt wurde, halten diese nach wie vor für die bessere Lösung. Die Geg-

ner des Gesetzes, SVP, SP und FDP, hingegen begrüssen die geplanten Einzelbewilligungen grundsätzlich – wobei die SVP dem Bundesrat vorwirft, er handle übereilt. Ihrer Meinung nach hätte die Regierung warten sollen, bis eine Bank um eine solche Bewilligung ersucht hätte. (sda)

## «Ich kann mir nicht vorstellen, dass die USA dies akzeptieren»

Wie beurteilen Sie die neue Lösung des Bundesrates im US-Steuerstreit?

**Peter V. Kunz, Professor für Wirtschaftsrecht, Universität Bern:** Zuerst muss ich dazu sagen, dass das heute präsentierte Vorgehen keine wirkliche Lösung ist. Sondern es ist eine Sackgasse, in die uns der Nationalrat geführt hat. Der Bundesrat hatte nur die Wahl zwischen einer schlechten und einer ganz schlechten Lösung. Meiner Meinung nach hat er sich für die ganz schlechte entschieden. Die Variante Verordnung wäre besser gewesen.

Warum?

Eine Verordnung hätte bereits heute Klarheit geschaffen. Das hätte den Prozess beschleunigt und die Rechtssicherheit für die Banken wäre grösser gewesen. Bei der Variante Einzelbewilligungen ist das nicht der Fall. Die Lösung des Problems verzögert sich, weil mit den US-Behörden nochmals verhandelt werden muss. Generell



«Das ist keine wirkliche Lösung, sondern eine Sackgasse»

Peter V. Kunz

Auf den ersten Blick unterscheidet sich das jetzt vorgeschlagene Verfahren jedoch kaum vom Verfahren der «Lex USA». Es werden die gleichen Daten geliefert und auch die Einspruchsmöglichkeiten scheinen gleich zu sein. Tatsächlich ändert sich mit dem jetzt vorgeschlagenen Vorgehen inhaltlich

wenig. Auch mit dem neuen Verfahren sollen die sogenannten Abschleicherlisten übermittelt werden können. Der Hauptunterschied zum Verfahren der «Lex USA» ist jedoch, dass sich neu alle Beteiligten über sämtliche Instanzen juristisch zur Wehr setzen können. Bankmitarbeiter, Treuhänder, aber auch andere Banken können damit den Datentransfer um zwei bis drei Jahre verzögern. Bei der Variante «Lex USA» dagegen wären solche Gerichtsverfahren nicht möglich gewesen, weil die «Lex USA» dem Datenschutzgesetz vorgegangen wäre.

Wenn überhaupt, werden die US-Behörden also erst nach Jahren zu Daten kommen. Werden sie das akzeptieren? Wenn es stimmt, was Frau Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf mehrmals gesagt hat und die Amerikaner tatsächlich keine Geduld mehr haben und eine schnelle Datenlieferung fordern, dann kann ich mir nicht vorstellen, dass sie dies akzeptieren.

Mit welchen Reaktionen ist zu rechnen? Ziehen die USA ihr Angebot an die Banken zurück und lassen die Situation eskalieren?

Diese Möglichkeit besteht tatsächlich. Ich gehe jedoch davon aus, dass die US-Behörden in einem ersten Schritt noch zu kleineren Kompromissen bereit sein werden und den Banken weiterhin das Programm der «Lex USA» anbieten. Ziemlich sicher werden die US-Behörden jedoch kein Versprechen mehr abgeben, auf Klagen gegen Banken zu verzichten. Früher oder später wird es damit wohl zu Klagen oder Klageandrohungen kommen. Für die meisten Banken wird das existenzgefährdend sein. Ich gehe darum davon aus, dass in einem solchen Fall diese Institute auch ohne Bewilligung Daten liefern werden.

Dann riskieren diese Banken jedoch, ihre Banklizenz zu verlieren. Es stimmt: Sowohl die zuständige Staatsanwaltschaft wie die Finanz-

marktaufsicht werden in einem solchen Fall ein Verfahren eröffnen. Sie werden jedoch die fehlbare Bank wohl mit Samthandschuhen anfassen. Ich jedenfalls kann es mir schlicht nicht vorstellen, dass unter den momentanen Umständen eine Bank die Lizenz verliert, weil sie auf Druck der USA Daten geliefert hat.

Wenn es tatsächlich so sein sollte, dass die USA wie gewünscht zu den Daten kommen und die illegal Daten liefernden Banken mit einer Verwarnung der Finma davonkommen, dann hätte der Nationalrat mit seinem Nein zur «Lex USA» recht gehabt. Es wäre kaum Schaden entstanden. Das stimmt nur vordergründig. Wie schon erwähnt, ist das Hauptproblem die fehlende Rechtssicherheit. Der Nationalrat hat uns mit seinem Nein eine Hängepartie beschert, bei der niemand mehr sagen kann, wie es weitergeht. Und das ist Gift für den Schweizer Finanzplatz. INTERVIEW: JANN LIENHART